



## KAB-Wahlpositionen 2002

Bezirksleitung: Aachen-Stadt/Eifel

### **Wirtschaftspolitik**

Die Wirtschaftspolitik muß wieder auf den Menschen ausgerichtet werden! Dazu gehört es, den Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen auszurichten. Wir stellen fest, dass durch zusätzliches Wachstum keine neuen und dauerhaften Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen sind. Die Arbeitsgesellschaft ist dadurch zu erweitern, dass sowohl die gemeinwesenbezogene Arbeit durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als auch die Privatarbeit, insbesondere die Kindererziehung und Pflege, durch ein ‚Erziehungsgehalt‘ als gleichwertige Arbeit zu verankern sind. Damit wird die Forderung der KAB nach der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umsetzung der ‚Triade der Arbeit‘ deutlich, welche langfristig auf einem Grundeinkommen basieren sollte. Wir erklären: die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf neoliberales Gedankengut muß überwunden werden!

Die immer ungerechter werdende Einkommens- und Vermögensverteilung kann nur noch durch eine Verteilungspolitik im eigentlichen Wortsinn korrigiert werden. Es reicht nicht mehr, die Zuwächse zu verteilen, sondern auch die Vermögensbestände dürfen für eine Korrektur kein Tabu sein. Die Einführung bzw. Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern kann hier ein erster Schritt sein.

### **Arbeitsmarktpolitik**

Die Arbeitsmarktpolitik muß die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund stellen. Das Job-Aktiv-Gesetz versucht dies umzusetzen. Es hat aber Schwachstellen, da es Arbeitslose - auch wegen mangelnder individueller Förderung - aus der sozialen Sicherung drängt; das stärkt jedoch die Schattenwirtschaft. Durch die bisherigen Gesetzes-Novellierungen wird ein stetiges Misstrauen gegenüber den Arbeitslosen ausgesprochen, welches sich in sinkenden Einkommensansprüchen gegenüber den Sozialversicherungen und drastischen Zumutbarkeitskriterien ausdrückt. Es muß klar werden, dass nicht mangelnde Leistungsanreize, sondern das mangelnde Arbeitsangebot die wahre Ursache der Arbeitslosigkeit sind. 4,1 Mio registrierte Arbeitslose, 2 Mio stille Reserve und 2 Mio verdeckte Arbeitslose müssen als das schwerwiegendste ökonomische Problem anerkannt werden.

Die Defizite in der Sozialversicherung dürfen nicht zum Schrumpfen von Leistungen führen. Sie sind Ausdruck einer verfehlten, allein arbeitnehmerzentrierten Finanzierung. Demografische Effekte sollten durch die Einführung einer Wertschöpfungssteuer korrigiert werden.

### **Steuerpolitik**

In der Steuerpolitik sind die Arbeitnehmereinkommen durch Lohn- und Verbrauchssteuern einseitig belastet. Deshalb muß die ungerechte Nicht- oder Wenigerbelastung von Vermögen und Vermögenseinkommen geändert werden. Als erster Schritt sollte die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf privates Geld- und Sachvermögen bei Freibeträgen von 250.000 Euro je Ehepartner und 50.000 Euro je Kind in Höhe von 2% durchgesetzt werden. Für den bisherigen verfassungswidrigen Einheitswert, der die Wiedereinführung behindert, wird der Ertragswert aus dem Erbschaftssteuerrecht vorgeschlagen, d.h. die Jahresrohmiete mit einem Multiplikator von 18.

Aachen, den 1. Mai 2002